

Fünf Fragen an die Kandidaten

Die Kandidaten:	Der Polizeibeamte Jörn Schade (45) ist Fraktionschef und Spitzenkandidat der CDU.	Bankangestellte Petra Wilmer (49) ist Fraktionschefin und Spitzenkandidatin der SPD.	Die kaufmännische Angestellte Monja Löwer (39) ist Spitzenkandidatin der Grünen.	Rentner Hinrich Schmick (67) hat Horst Aschmann als Spitzenkandidat der WAB abgelöst.
Soll Ahrensburg wachsen und weitere Neubaugebiete schaffen, beispielsweise auf dem Gelände des Erlenhofs am Rande der Stadt?	Wir sehen derzeit keine Erfordernis für das Ausweisen von Neubaugebieten - insbesondere nicht an der Peripherie unserer Stadt. Wir bleiben bei unserer Politik der Abrundung und Verdichtung von Wohngebieten.	Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt. Deswegen muss Wohnraum durch Verdichtung und das Ausweisen neuer Wohngebiete entstehen. So erreichen wir auch eine Verjüngung der Bevölkerung.	Wir waren diese Wahlperiode gegen die Ausweisung des Erlenhofs und werden es auch die kommende Wahlperiode sein. Ahrensburg sollte moderat wachsen, dies ist durch Nachverdichtung möglich.	Ahrensburg soll wachsen, aber möglichst moderat und in Abstimmung mit der Infrastruktur. Vor der Erschließung von Neubaugebieten, wie dem Erlenhof, unterstützen wir Verdichtungsmöglichkeiten und den Abbau von Leerständen.
Die Erweiterung des Gewerbegebiets Beimoor-Süd steht an. Braucht Ahrensburg diese zusätzliche Fläche?	Auch bestehende Gewerbebetriebe erfordern eine Reserve an Flächen, um Wünsche dieser Unternehmen schnell umsetzen zu können. Eine Abwanderung von Betrieben gilt es unter allen Umständen zu verhindern.	Die Gewerbesteuer ist Ahrensburgs größte Einnahmequelle. Nur mit ihr können wir soziale und kulturelle Einrichtungen und Investitionen in Schulen- und Straßenbau finanzieren. Deswegen sind wir für eine Gewerbegebietserweiterung.	Dies steht leider nicht zur Diskussion, sondern wurde von den anderen Parteien schon beschlossen. Durch die vielen Leerstände in Beimoor-Süd und Nord sehen wir zurzeit keinen Bedarf für die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete	Ahrensburg braucht Gewerbeflächen wie Beimoor-Süd. Es ist damit jedoch sparsam umzugehen: Für personalintensives, einkommensstarkes Gewerbe Ja, für flächenverzehrendes und/oder verkehrsträchtiges Gewerbe Nein.
Welches sind die größten Verkehrsprobleme in der Stadt - und wie wollen Sie die lösen?	Wir haben im gesamten Stadtgebiet Verkehrsprobleme, die zu einer beträchtlichen Belastung der Bevölkerung führen, z. B. der Reeshoop und der Braune Hirsch. Patentrezepte gibt es nicht. Eine Umgehungsstraße zwischen B 75, Bünningstedter Straße und Rosenweg lehnen wir ab.	Die Stadt hat keine Entlastungsstraßen. Um die Verkehrsströme zu optimieren und die Wohngebiete zu entlasten, muss endlich der von uns verlangte Generalverkehrsplan her. Ein Stadtbussystem und kürzere Taktzeiten der Regionalbahn müssen den ÖPNV optimieren.	Ahrensburg benötigt ein ganzheitliches Verkehrskonzept. Immer mehr kurze Strecken werden mit dem Auto zurückgelegt, daher wollen wir den Fahrradverkehr verbessern und stärken. Umgehungsstraßen stehen wir sehr kritisch gegenüber.	Das Verkehrsvolumen der B 75 und der Nebenverkehr über den Braunen Hirsch bleiben die größte Herausforderung für Ahrensburg. Es gibt kein Patentrezept als Lösung. Diese muss in enger Abstimmung mit den Bürgern erarbeitet werden (Zukunftswerkstatt).
Wie kann das belastete Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung verbessert werden?	Das belastete Verhältnis zwischen Verwaltung und Politik gilt nicht für alle Ämter des Rathauses. In den betroffenen Bereichen mangelt es an Offenheit und Transparenz. Hier muss die Verwaltungsleitung klärend eingreifen.	Die SPD-Fraktion hat insgesamt kein belastetes Verhältnis zur Verwaltung. Es liegt in der Natur der Sache, dass Politik und Verwaltung zu bestimmten Themen unterschiedliche Meinungen haben. Uns ist wichtig, weiterhin mit der Verwaltung konstruktiv zusammenzuarbeiten.	Indem die Verwaltung offen und ehrlich gegenüber der Politik und den Bürgern ist und sich nicht nur nach Interessen der Investoren richtet.	Noch wichtiger ist der Abbau von Belastungen zwischen Bürgern und Rathaus. Die Unstimmigkeiten zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung lassen sich hingegen auf wenige Personen reduzieren. Wir erwarten von der Bürgermeisterin mehr Durchsetzungsvermögen.
Was erwarten Sie von der Zukunftswerkstatt?	Wir erwarten eine Vielzahl sachlicher und konstruktiver Beiträge, die das Stadtentwicklungskonzept voranbringen. Die hervorragende Beteiligung an der Auftaktveranstaltung und das dort gezeigte Niveau stimmen uns sehr optimistisch.	Wir möchten das Vor-Ort-Wissen und fachliche Qualifikationen der Bürger gewinnen. Bürger mit unterschiedlichen Interessen sollen miteinander ins Gespräch kommen, um Perspektiven im Hinblick auf das Gesamtwohl der Stadt zu entwickeln.	Dass möglichst viele Bürger mit unterschiedlichsten Interessen mitmachen. Wir werden versuchen, die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt nach rechtlicher und finanzieller Prüfung umzusetzen.	Die Zukunftswerkstatt soll das "Wir-Gefühl" stärken. Die Bürger übernehmen Mitverantwortung für richtungweisende Vorgaben für die Stadtentwicklung und einen neuen Flächennutzungsplan, der etwa 20 Jahre Basis für die Stadtentwicklung sein soll.

erschienen am 22. April 2008